

NIEDERSCHRIFT

**über die Sitzung des Gemeinderates Hargesheim
am 16. Juli 2020, 18:30 Uhr in der Gräfenbachhalle**

Anwesend waren:

unter dem Vorsitz von
Ortsbürgermeister Grün, Haiko

die Ratsmitglieder:

2. Beig. Glöckner, Manfred
Fluhr, Michael
Ebertz, Birgit
Ries, Frank
Rabold, Heidi
Dr. Pertler, Manfred
Wolf, Anke
Merz, Jochen
Alsentzer, Oliver
Eß, Christoph
Gauza, Gernot
Nies, Matthias
Orben, Torsten
Rabold, Thomas
Gauza, Thomas
Pflügl, Kai-Uwe
Comtesse, Markus
Vinke, Sabine

es fehlte entschuldigt:

Heckmann, Andreas
Gorg, Thorsten
3. Beig. Schneider, Olaf

ferner waren anwesend:

1. Beig. Heck, Michael

Herr Barth vom Tiefbautechnischen
Büro Barth zu TOP 3,
Erster Beigeordneter Schwerbel,
Heinz-Martin, von der Verbandsge-
meindeverwaltung Rüdesheim,
Schriftführer Wohlleben, Niklas,
zwei Vertreter der Presse sowie
15 Zuhörer

Verhandelt:

Hargesheim, den 16.07.2020

In der heute stattgefundenen Sitzung, zu der die Ratsmitglieder ordnungsgemäß eingeladen worden waren, wurde folgendes beraten und beschlossen.

Vor Beginn der Sitzung wurde die Beschlussfähigkeit festgestellt.

Einwendungen gegen die Tagesordnung wurden nicht erhoben.

TAGESORDNUNG

- öffentlich -

1. Ergänzungswahl zum Fest-, Kultur- und Tourismusausschuss
2. Beratung und Beschlussfassung über die weitere Verwendung des alten Feuerwehrhauses
3. Beratung und Beschlussfassung über die Vergabe der Straßensanierungsarbeiten – Ermächtigung des Ortsbürgermeisters
4. Beratung und Beschlussfassung über die Annahmen von Spenden
 - a) Desinfektionsmittel
 - b) Randsteine für den Bereich des Schulgartens
5. Bericht des Ortsbürgermeisters über den Ausgang des Berufungszulassungsverfahrens bzgl. des Aufstufungsantrages der L236 alt sowie Beratung und Beschlussfassung über die Einzeichnung von Parkplätzen in der Hunsrückstraße
6. Beratung und Beschlussfassung über den gemeinsamen Antrag der BfH- und SPD-Fraktion „Ein Zukunftskonzept für unseren Friedhof“
7. Beratung und Beschlussfassung über den Antrag der BfH-Fraktion „Bestandsaufnahme und Entwicklung von Freizeitangeboten für Jugendliche“
8. Beratung und Beschlussfassung über den Antrag der FWG-Fraktion „Verlegung von sogenannten Stolpersteinen in Hargesheim“
9. Beratung und Beschlussfassung über die Neufestsetzung der Elternbeiträge für die Nachmittagsbetreuung an der Grundschule Hargesheim
10. Beratung und Beschlussfassung über eine Verkehrsangelegenheit im Bereich Kronenbergstraße/Bergweg

- öffentlich -

Eingangs der Sitzung beantragt der Vorsitzende die Erweiterung des TOP 5 zu „Bericht des Ortsbürgermeisters über den Ausgang des Berufungszulassungsverfahrens bzgl. des Aufstufungsantrages der L236 alt und Beratung und Beschlussfassung über die Einreichung einer Verfassungsbeschwerde sowie Beratung und Beschlussfassung über die Einzeichnung von Parkplätzen in der Hunsrückstraße“.

Der Gemeinderat stimmt der Ergänzung des Tagesordnungspunktes einstimmig zu.

Zu TOP 1:

Ergänzungswahl zum Fest-, Kultur- und Tourismusausschuss

Ortsbürgermeister Grün erläutert, dass bedingt durch den Wegzug des ehemaligen Ratsmitgliedes Heblich ein neues Mitglied im Fest-, Kultur- und Tourismusausschuss zu wählen sei. Die CDU-Fraktion, der Herr Heblich angehörte, schlägt das Ratsmitglied Markus Comtesse vor. Frau Ulrike Fluhr soll dessen Vertreterplatz für Stefan Bartholome einnehmen. Beide sollen ergänzend in den o.g. Ausschuss gewählt werden.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig die Durchführung der Wahl in offener Abstimmung und wählt einstimmig Herrn Comtesse sowie Frau Fluhr als Vertretung von Stefan Bartholome in den Ausschuss.

Zu TOP 2:

Beratung und Beschlussfassung über die weitere Verwendung des alten Feuerwehrhauses

Der Vorsitzende informiert über eine stattgefundene Begehung mit einem Mitarbeiter des Bauamtes der Kreisverwaltung zwecks Prüfung einer möglichen Nutzung des nun in Ortsgemeindeeigentum befindlichen Gebäudes des ehemaligen Feuerwehrhauses. Im Kern habe man im Rahmen der Begehung festgestellt, dass die Garage im Erdgeschoss ausreichend Platz für die gemeindeeigenen Traktoren biete, der Schankraum als Aufenthaltsraum und das Untergeschoss als Lagerplatz für den Gerätepark dienen könne. Für die weitergehende Nutzung des Untergeschosses sei ein Bauantrag auf Umnutzung erforderlich. Des Weiteren müsse ggfs. die Feuerschutztür zum Lager ertüchtigt werden.

Nach kurzer Beratung im Rat beantragt die BfH-Fraktion den vollständigen Umzug des Bauhofes in das ehemalige Feuerwehrhaus sowie die Ermächtigung/Beauftragung des Ortsbürgermeisters die Inangriffnahme und Durchführung aller notwendigen Maßnahmen vorzunehmen; sowie zu prüfen, ob im Rahmen der Baugenehmigung erweiterte Möglichkeiten im Untergeschoss möglich sind.

Die Beschlussfassung ergeht bei 15 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und einer Enthaltung. Eine Beratung über die zukünftige Nutzung des derzeitigen Bauhofes soll im Rahmen einer Sitzung des Bauausschusses erfolgen.

Zu TOP 3:

Beratung und Beschlussfassung über die Vergabe der Straßensanierungsarbeiten – Ermächtigung des Ortsbürgermeisters

Herr Grün teilt mit, dass die Ausschreibungsergebnisse zur Ertüchtigung der Gehwege und Borde sowie der Ausbesserung der Schwarzdecke u.a. in der Hunsrückstraße vorliegen. Die Firma Blümling aus Sohren habe das wirtschaftlichste Angebot abgegeben, wel-

ches knapp 30.000 € unter der ursprünglichen Kostenprognose auf 301.145,54 € beziffert sei.

Herr Barth vom Tiefbautechnischen Büro Barth aus Wallhausen erläutert den anwesenden Ratsmitgliedern das geplante Vorhaben. Der Beginn der insgesamt ca. ein Jahr andauernden Maßnahme sei noch in den Sommerferien angestrebt.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig die Ermächtigung des Ortsbürgermeisters zur Auftragsvergabe an den wirtschaftlichsten Bieter.

Zu TOP 4:

Beratung und Beschlussfassung über die Annahmen von Spenden

a) Desinfektionsmittel

b) Randsteine für den Bereich des Schulgartens

Herr Grün trägt vor, dass die Ortsgemeinde über das Ratsmitglied Matthias Nies 40 Liter Desinfektionsmittel gespendet bekommen habe. Herr Nies ist gemäß § 22 GemO von der Beschlussfassung über die Annahme der Desinfektionsspende ausgeschlossen. Die Beschlussfassung über die Annahme der Spende ergeht einstimmig.

Zudem habe die Ortsgemeinde von Herrn Martin Partenheimer aus einer privaten Baustelle Randsteine, welche im neuen Bereich um den Grundschul-Schulgarten eingebracht wurden, erhalten. Weitere Randsteine seien zusätzlich vorhanden und können nun anderweitig eingesetzt werden.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig die Annahme der Randstein-Spende.

Zu TOP 5:

Bericht des Ortsbürgermeisters über den Ausgang des Berufungszulassungsverfahrens bzgl. des Aufstufungsantrages der L236 alt und Beratung und Beschlussfassung über die Einreichung einer Verfassungsbeschwerde sowie Beratung und Beschlussfassung über die Einzeichnung von Parkplätzen in der Hunsrückstraße

Der negative Ausgang des beantragten Berufungszulassungsverfahrens am Oberverwaltungsgericht wird ausführlich von Ortsbürgermeister Grün erläutert. Der Beschluss sei unanfechtbar, eine Revision nicht zulässig.

Die Gemeinde habe jedoch ihr Recht auf Anhörungsrüge geltend gemacht, der Ausgang sei nach derzeitigem Stand noch offen. Einzige Möglichkeit gegen die Abstufung zur Gemeindestraße weiterhin vorzugehen, sei die Einlegung einer Verfassungsbeschwerde. Die Einlegung an sich sei kostenfrei, jedoch würden bei einer anwaltlichen Vertretung weitere Anwaltskosten von über 5.000 € auf die Gemeinde zukommen.

Anknüpfend an die Ausführungen des Ortsbürgermeisters beschließt der Gemeinderat bei einer Enthaltung einstimmig das Urteil des Oberverwaltungsgerichtes zu akzeptieren. Verfassungsbeschwerden werden nicht eingereicht. Ein erneuter Aufstufungsantrag mit der Gemeinde Roxheim wird nicht angestrebt.

Des Weiteren berichtet der Vorsitzende von einer Ortsbegehung in der Hunsrückstraße mit dem Ordnungsamt der Verbandsgemeindeverwaltung. Aufgrund der gegebenen Parksituation werde die Einzeichnung von insgesamt 18 Parkplätzen angestrebt. Die vorgesehenen Parkplätze berücksichtigen eine ausreichende Mindestbreite des Fahrbereiches sowie diagonale Durchfahrtsbreiten von ca. 15 Metern. Herr Grün stellt die vorgesehenen Parkflächen anhand einer PowerPoint-Präsentation ausführlich vor. Die Planung beinhalte zudem verstärkt Parkplätze im Bereich der Gaststätte „Zur Tenne“, um dem dortigen Besucheraufkommen Rechnung zu tragen.

Der Gemeinderat beschließt daraufhin einstimmig die Einzeichnung der Parkflächen in der Hunsrückstraße entsprechend der vorgestellten Planung.

Zu Top 6:

Beratung und Beschlussfassung über den gemeinsamen Antrag der BfH- und SPD-Fraktion „Ein Zukunftskonzept für unseren Friedhof“

Ortsbürgermeister Grün übergibt das Wort an die Fraktionsvorsitzenden der BfH- sowie SPD-Fraktion zur Erläuterung des Tagesordnungspunktes.

Zur gezielten Entwicklung des Friedhofes wird seitens der beiden genannten Fraktionen angeregt, ein Zukunftskonzept zu erarbeiten, da der Friedhof als wichtige Begegnungsstätte diene und verstärkt parkähnliche Strukturen geschaffen werden sollten. Auch die Möglichkeit von Erdbestattungen in Rasengrabfeldern sollte im Rahmen des Zukunftskonzepts besprochen werden.

Herr Grün teilt mit, dass zur Einführung solcher Rasengrabstätten eine Änderung der Friedhofs- und Friedhofsgebührensatzung erforderlich sei und beantragt zur weiteren Beratung in den Friedhofs-, Wege-, Grünflächen- und Umweltausschuss zu verweisen.

Der Beschluss zur Beratung im Rahmen des Friedhofsausschusses wird einstimmig vom Gemeinderat gefasst.

Zu TOP 7:

Beratung und Beschlussfassung über den Antrag der BfH-Fraktion „Bestandsaufnahme und Entwicklung von Freizeitangeboten für Jugendliche“

Der Vorsitzende erteilt dem Fraktionsvorsitzenden der BfH-Fraktion, Herrn Dr. Pertler, das Wort zur Erläuterung des Antrages.

Ziel des Antrages sei es, so Ratsmitglied Dr. Pertler, die Jugendarbeit in der Gemeinde zu reaktivieren und ggfs. weitere Angebote zu schaffen. Er empfiehlt im Rahmen des Generationen-, Familien-, Vereins- und Sozialausschusses eine Bestandsaufnahme über die aktuellen Angebote durchzuführen und bei der Erarbeitung möglicher neuer Angebote die Jugendlichen mit einzubinden.

Ergänzend hierzu erläutert Ortsbürgermeister Grün, dass neben der Einbeziehung der Jugendlichen auch zwingend deren Mitwirkung bei einer möglichen Umsetzung von Projekten erforderlich sei, denn nur so könne auch eine Wertschätzung bei den Heranwachsenden geschaffen werden.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig die Verweisung zur Beratung und Beschlussfassung in den Generationen-, Familien-, Vereins- und Sozialausschuss.

Zu TOP 8:

Beratung und Beschlussfassung über den Antrag der FWG-Fraktion „Verlegung von sogenannten Stolpersteinen in Hargesheim“

Zur näheren Erläuterung des Antrages übergibt der Ortsbürgermeister dem Fraktionsvorsitzenden der FWG-Fraktion, Herrn Matthias Nies, das Wort. Herr Nies erklärt, dass im dritten Reich in Hargesheim sieben Mitbürger – überwiegend jüdischen Glaubens – verfolgt und getötet worden seien. Zur Erinnerung an die Verfolgten regt die FWG-Fraktion die Verlegung von Stolpersteinen im öffentlichen Raum an. Des Weiteren wird seitens der FWG angeboten die Organisation der Verlegung zu übernehmen. Die Finanzierung solle grundsätzlich über allgemeine Spenden erfolgen. Die Kosten belaufen sich auf 120 € pro Stolperstein.

Nach kurzer Aussprache beschließt der Gemeinderat einstimmig für weitergehende Beratungen in den Fest-, **Kultur-** und Tourismusausschuss zu verweisen sowie im Rahmen dessen auch andere Formen der Erinnerung an die Verfolgten mit einzubeziehen.

Zu TOP 9:

Beratung und Beschlussfassung über die Neufestsetzung der Elternbeiträge für die Nachmittagsbetreuung an der Grundschule Hargesheim

Ortsbürgermeister Grün sowie der Erste Beigeordnete der Verbandsgemeindeverwaltung, Herr Schwerbel, erläutern die aktuelle Ist-Situation der Elternbeiträge.

In der Verbandsgemeinde Rüdesheim haben in der Vergangenheit die unterschiedlichen Betreuungsangebote sowie die unterschiedlich festgesetzten Elternbeiträge an den einzelnen Grundschulen zu Ungleichbehandlungen und einem organisatorisch erheblichen Aufwand geführt. Unabhängig des Schulträgers (Verbandsgemeinde oder Ortsgemeinde) haben sich die Schulleitungen mit der Verbandsgemeindeverwaltung auf eine Vereinheitlichung der Bedingungen und Regelungen schulübergreifend verständigt. So wurden im Rahmen der Haupt- und Finanzausschusssitzung am 10.06.2020 für die Schulen in Trägerschaft der Verbandsgemeinde folgende Beiträge festgesetzt:

- | | |
|--|-------|
| a) Betreuungszeit bis zu einer Stunde | 25 € |
| b) Betreuungszeit bis zu zwei Stunden | 50 € |
| c) Betreuungszeit länger als zwei bis zu vier Stunden | 100 € |
| d) Betreuungszeit länger als vier Stunden | 125 € |

Für ein weiteres familienangehöriges Kind in gleicher Grundschule wurden folgende Beiträge festgesetzt:

- | | |
|--|------|
| a) Betreuungszeit bis zu einer Stunde | 18 € |
| b) Betreuungszeit bis zu zwei Stunden | 36 € |
| c) Betreuungszeit länger als zwei bis zu vier Stunden | 72 € |
| d) Betreuungszeit länger als vier Stunden | 90 € |

Neben der Anpassung der Elternbeiträge wurde zudem die einheitliche Regelung getroffen, dass zukünftig keine Sharingmöglichkeit mehr besteht. Darüber hinaus werden zukünftig an allen Schulen lediglich elf Kalendermonate abgerechnet, hierdurch soll der unterrichtsfreien Zeit Rechnung getragen werden.

Auf Nachfrage teilt Herr Schwerbel zudem mit, dass unabhängig der Anpassungen Härtefälle im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets seitens der Verbandsgemeindeverwaltung geprüft werden.

Ratsmitglied Eß beantragt die Beiträge für die Hargesheimer Grundschule bei Betreuungszeiten von länger als vier Stunden auf 108 € statt 125 € festzusetzen sowie die Beiträge der weiteren Betreuungszeiten entsprechend ebenfalls anteilig zu senken. Nach kurzer Aussprache im Rat wird der Antrag seitens der SPD-Fraktion zurückgezogen.

Der Gemeinderat beschließt hierauf folgend einstimmig die Festsetzung der einheitlichen Elternbeiträge entsprechend des Vorschlages der Verbandsgemeindeverwaltung mitsamt den oben dargestellten Regelungen.

Zu TOP 10:

Beratung und Beschlussfassung über eine Verkehrsangelegenheit im Bereich Kronenbergstraße/Bergweg

Der Vorsitzende erläutert die gegebene Situation im Bereich der Kronenbergstraße/Bergweg. Der Bau-, Wirtschafts- und Infrastrukturausschuss habe die Verkehrsangelegenheit bereits vorberaten und habe keine Notwendigkeit für die Installierung von Pollern gesehen. Denkbar seien hingegen die Einrichtung einer Einbahnstraße oder einer sog. „unechten Einbahnstraße“. In den Gesprächen mit den Anwohnern habe sich jedoch ergeben, dass diese Variante seitens der Anwohner ausdrücklich nicht gewünscht sei. Nach kurzer Beratung beschließt der Gemeinderat einstimmig der Empfehlung des Bau-, Wirtschafts- und Infrastrukturausschusses zu folgen und keine Veränderung an der derzeitigen Verkehrssituation vornehmen zu wollen.

Ende der Sitzung: 19:50 Uhr

Ortsbürgermeister

Schriftführer